



Pressemitteilung vom 12.2.2020

## **Anhörung der Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“ im Landtag: Dringender Handlungsbedarf um Artensterben zu stoppen**

*Am heutigen Mittwoch waren die VertreterInnen der Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“ zur Anhörung im Brandenburgischen Landtag geladen. Im Ausschuss für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz erläuterten sie die Forderungen und Vorschläge ihrer Volksinitiative und stellten sich den Fragen der Abgeordneten. Vor einem Monat hatte die Initiative mehr als 73.000 Unterschriften an die Landtagspräsidentin überreicht.*

Anja Hradetzky, eine junge Landwirtin, die selbst Flächen in einem Naturschutzgebiet Brandenburgs bewirtschaftet, berichtete aus eigener Erfahrung, dass Landwirtschaft und Naturschutz kein Widerspruch sein müssen. „Eine naturverträgliche Bewirtschaftung ist nicht nur machbar, sondern ist unsere Pflicht, wenn wir an unsere Kinder und Enkel denken. Das Artensterben ist in vollem Gange und eine breite Gesellschaft einschließlich sehr vieler Landwirte hat erkannt, dass eine Agrarwende unerlässlich ist. Viele BäuerInnen sind bereit für den Wandel, und dazu braucht es klare Regeln und eine funktionierende Verwaltung. Jetzt ist die Politik am Zug, sie muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.“

Friedhelm Schmitz-Jersch, Vorsitzender des NABU Brandenburg, machte deutlich, dass das Artensterben und der Verlust von Lebensräumen an einem kritischen Punkt angekommen sind. „Es ist hinlänglich belegt, dass der Artenverlust vor allem in der Agrarlandschaft abläuft und dort durch die intensive Landwirtschaft verursacht wird. Der dramatische Rückgang der Lebensräume – deutschlandweit sind 55 Prozent der Ackerbiotope gefährdet, 88 Prozent der Grünlandbiotope stark gefährdet oder vollständig vernichtet - ruft nach schnellem und effektivem Handeln.“

Detailliert erläuterte Schmitz-Jersch die Kernforderungen des Pestizidverbots in Naturschutzgebieten und Flora-Fauna-Habitat-Gebieten und der Festsetzung wirksamer Gewässerrandstreifen. Zum Schutz der Gewässer ist es unerlässlich, in einem Streifen von zehn Metern den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln, mineralischem Stickstoffdünger sowie die Ausbringung von Gülle zu untersagen. „Auch der wissenschaftliche Beirat des Bundeslandwirtschaftsministeriums fordert neben effektiven Agrarumweltmaßnahmen, finanzieller Förderung und kooperativen Ansätzen ein wirksames Ordnungsrecht, um den notwendigen Wandel zugunsten der biologischen Vielfalt zu erreichen“, so Schmitz-Jersch.

---

### **Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“**

Haus der Natur, Lindenstraße 34, 14467 Potsdam

Telefon: 0331-703 997 15, [info@artenvielfalt-brandenburg.de](mailto:info@artenvielfalt-brandenburg.de)

[www.artenvielfalt-brandenburg.de](http://www.artenvielfalt-brandenburg.de)

#### **Initiatoren:**



Weitere Partner: [www.artenvielfalt-brandenburg.de/partner](http://www.artenvielfalt-brandenburg.de/partner)

Wilhelm Schäkel, Landwirt und Mitglied im Vorstand des BUND Brandenburg, sieht eine große Chance in einem gezielten Einsatz der Agrarfördermittel: „Wenn wir öffentliche Gelder für am Gemeinwohl orientierte Leistungen verwenden, können Landwirte mit Naturschutz auch einen Teil ihres Auskommens verdienen. Arten-, Umwelt- und Klimaschutz sichern die Zukunft für die gesamte Gesellschaft und müssen dementsprechend deutlich besser honoriert werden. Die Landespolitik muss dafür sorgen, dass hierzu Fördergelder effektiv und zielgerichtet verteilt werden. Darüber hinaus sollte auch eine betriebsintegrierte ökologische Beratung besonders gefördert werden.“

Johann Lütke Schwienhorst, der die Imker im Trägerkreis vertritt, erläuterte: „Der Schutz der Honigbienen, Wildbienen und anderen blütenbestäubenden Insekten durch weniger Pestizideinsatz ist neben der enormen ökologischen Bedeutung auch wirtschaftlich relevant. Gesundheit und Vermarktungsfähigkeit unserer Bienenprodukte sind von der Landbewirtschaftung abhängig. Wer will schon mit Glyphosat belasteten Honig essen? Der Pestizideinsatz muss signifikant verringert werden. Die Landesregierung sollte hier vorbildhaft vorgehen und ihre landeseigenen Flächen insektenfreundlich und ökologisch bewirtschaften.“ Mit dem Verlust der Vielfalt und Masse an Insekten gehe zum einen die Bestäuberleistung verloren, zum anderen gerate das ganze Ökosystem in Gefahr und es drohe der Verlust weiterer Arten bei Vögeln, Fledermäusen, Kleinsäugetern, Amphibien und Fischen.

Die VertreterInnen betonten: „Die Landespolitik hat jetzt die Chance mit der Volksinitiative ‚Artenvielfalt retten‘ das Artensterben aufzuhalten. Sie bietet Lösungen für die ohnehin notwendige Transformation in der Landwirtschaft und im Umgang mit den natürlichen Ressourcen.“

Der Gesetzesentwurf ist auf der Webseite der Volksinitiative einzusehen: [www.artenvielfalt-brandenburg.de/forderungen](http://www.artenvielfalt-brandenburg.de/forderungen)

## Rückfragen der Presse an

- Dr. Wilhelm Schäkel, BUND-Landesvorstand, Ökolandbau-Experte, Tel.: 0152-092 294 51
- Friedhelm Schmitz-Jersch, Vorsitzender NABU Brandenburg, Tel.: 0171 – 366 746 9
- Johann Lütke Schwienhorst, Agrarreferent Aurelia-Stiftung, Tel.: 0157 – 822 010 15
- Anja Hradetzky, Bio-Landwirtin, Tel.: 0152-038 775 11

---

**Volksinitiative „Artenvielfalt retten – Zukunft sichern“**  
Haus der Natur, Lindenstraße 34, 14467 Potsdam  
Telefon: 0331-703 997 15, [info@artenvielfalt-brandenburg.de](mailto:info@artenvielfalt-brandenburg.de)  
[www.artenvielfalt-brandenburg.de](http://www.artenvielfalt-brandenburg.de)

### Initiatoren:



Weitere Partner: [www.artenvielfalt-brandenburg.de/partner](http://www.artenvielfalt-brandenburg.de/partner)